

D-NO2 Israel im Nahen Osten

Antragsteller*in: Hermann Kuhn (KV MöV)

Tagesordnungspunkt: 5.3 Weitere Anträge "Grüne Perspektive auf die Lage im Nahen Osten"

Antragstext

1 Die Landesmitgliederversammlung erklärt:
2

3 Wir

4 – sehen mit großer Sorge und Anteilnahme den fortwährenden Krieg, das
5 fortwährende Leid in Gaza. Immer noch sind Geiseln in den Tunneln der Hamas
6 gefangen, die Hamas kämpft weiter, sie setzt dafür das Leben der eigenen
7 Bürgerinnen und Bürger aufs Spiel. Die humanitäre Lage in Gaza ist durch die
8 Fortführung des Krieges durch Israel dramatisch.
9

10 – erinnern daran: Der Ursprung, der Grund dieses Krieges war das Massaker der
11 Hamas und anderer Terrororganisationen am 7. Oktober, der Überfall mit Mord,
12 Raub, Folter, Vergewaltigung und Entführung. Erklärtes Ziel dieser
13 Kriegserklärung war es, ein Fanal zu senden an die Judenhasser in aller Welt,
14 den jüdischen Staat zu vernichten.
15

16 – weisen darauf hin: In der folgenden notwendigen Antwort Israels hat die Hamas
17 bewusst die eigene Bevölkerung als menschliche Schutzschilder benutzt, geschützte
18 Orte wie Krankenhäuser und Schulen militärisch missbraucht, ihren eigenen
19 Menschen Schutz verwehrt, die zivilen Opfer bewusst in Kauf genommen. Die
20 Forderung, den Krieg zu beenden, richtet sich zu allererst an die Hamas.
21

22 – unterstützen die Forderung der Angehörigen der Geiseln und der großen
23 Unterstützer-Demonstrationen in Israel: Die Hamas muss alle Geiseln frei lassen,
24 die noch in ihrer Hand sind. Im Gegenzug muss die israelische Regierung einem
25 Waffenstillstand zustimmen.
26

27 – erwarten von der israelischen Regierung und den internationalen
28 Hilfsorganisationen, gemeinsam zuverlässig für die Grundversorgung der
29 Bevölkerung in Gaza zu sorgen – in einer Form, die sicherstellt, dass die
30 Hilfsgüter auch bei den Menschen ankommt und nicht bei der Hamas. Aushungern
31 darf nie ein Mittel militärischer Auseinandersetzungen sein.
32

33 – verlangen einen besseren Zugang für unabhängige Berichterstattung über die
34 Ereignisse in Gaza.
35

36 – fordern die Bundesregierung auf, sich im Sinne der Erklärung der europäisch-
37 arabischen Konferenz in New York (29. Juli 2025) diplomatisch zu engagieren.
38 Dort wurde das Ziel formuliert, die Herrschaft der Hamas endgültig zu beenden
39 und eine europäisch-arabisch getragene Übergangsverwaltung in Gaza
40 vorzubereiten, unter Beteiligung der Palästinensischen Autonomiebehörde.
41

42 – unterstützen die Haltung der Bundesregierung, der von einigen Staaten
43 angekündigten „Anerkennung“ eines „Staates Palästina“ nicht zu folgen. Eine
44 solche rein symbolische „Anerkennung“ eines nicht existierenden „Staates“ stärkt
45 gegenwärtig allein die Position der Hamas, die die Ankündigungen bereits als
46 "Frucht des 7. Oktober" feiert.
47

48 – halten dagegen daran fest, dass ein palästinensischer Staat nur am Ende von
49 Verhandlungen in der Region entstehen kann – die wieder beginnen müssen, ohne

- 50 die Hamas. Wir treten für das Recht der Palästinenserinnen und Palästinenser
51 ein, selbst über ihr gesellschaftliches Leben in einem eigenen Staat zu
52 bestimmen. Die Sicherheit Israels muss dabei gewährleistet sein, seine Existenz
53 darf von niemandem mehr in Frage gestellt werden.
- 54
55 – kritisieren deshalb die Beschlüsse der israelischen Regierung, weitere
56 Siedlungen im Westjordanland zu planen, als falsch und gefährlich. Wir lehnen
57 jede – völkerrechtswidrige – Annexion durch Israel ab.
- 58 – sind solidarisch mit den starken Kräften in der israelischen Gesellschaft, die
59 für die Grundsätze der Unabhängigkeitserklärung Israels von 1948 eintreten:
60 Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Ausgleich und Koexistenz.
- 61 – widersprechen allen Überlegungen, Vereinbarungen der EU mit Israel auszusetzen
62 oder einzuschränken; dadurch würden gerade auch die Verbindungen zu dieser
63 israelischen Zivilgesellschaft getroffen.
- 64
65
66 – weisen darauf hin, dass Israel sich gegen die vom Iran gesteuerte und
67 finanzierte „Achse des Widerstandes“ verteidigen musste und muss, gegen Angriffe
68 der Hisbollah, der Huthi und des Iran. Ohne Beendigung dieser Bedrohungen wird
69 es keinen dauerhaften Frieden im Nahen Osten geben.
- 70
71 – fordern die Bundesregierung auf, die Regierung des Libanon bei der
72 Stabilisierung des Landes, der Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols und
73 bei der vereinbarten Entwaffnung der Hisbollah zu unterstützen; im Gegenzug muss
74 Israel die Vorposten auf libanesischem Gebiet räumen.
- 75
76 – begrüßen die Auslösung des Snapback-Mechanismus (Sanktionen) im Rahmen des
77 Atomabkommen mit dem Iran durch die drei europäischen Staaten, da der Iran mit
78 der hohen und unkontrollierten Anreicherung von Uran das Abkommen erkennbar
79 verletzt hat. Es darf kein neues Abkommen mit dem Iran geben ohne klare und
80 überprüfbare Verpflichtung des Regimes, den Bau der Bombe zu beenden. Außerdem
81 muss der Iran auf die aggressive Aufrüstung von Proxis in der Region verzichten.
82 Solange müssen die Sanktionen verschärft werden.
- 83
84 – fordern die Bundesregierung auf, weiter energisch für die Listung der
85 Iranischen Revolutionsgarden als Terrororganisation bei die EU einzutreten; jede
86 Tätigkeit ihrer Ableger in Deutschland muss unterbunden werden, die hier
87 lebenden Iranerinnen und Iraner und ihre Organisationen müssen geschützt werden.
- 88
89
90 – sind bestürzt, dass auch in Deutschland nach dem Massaker der Hamas der
91 Juden Hass in Worten und Taten stark angestiegen ist, die Terrororganisation als
92 „Befreiungskraft“ gefeiert wird und deutsche Jüdinnen und Juden als
93 verantwortlich für israelische Politik angegriffen werden. Aufklärende
94 Diskussionen vor allem in den Bildungseinrichtungen müssen deshalb verstärkt
95 werden, Hasspropaganda unterbunden werden.
- 96 – verurteilen Boykottaufrufe und Boykottaktionen gegen Künstlerinnen und
97 Künstler, Sportlerinnen und Sportler, nur weil sie Jüdinnen und Juden sind.

Unterstützer*innen

Robert Bücking (KV MÖV); Joachim Larisch (KV MÖV); David Lukaßen (KV Bremerhaven); Thomas Pörschke (KV Nord); Maya Trapp (KV MÖV); Stefan Trapp (KV MÖV); Helga Trüpel, (KV MÖV)